

## Niederschrift

über die VIII/015. Sitzung  
des Ausschusses für Bürgeranregungen und Bürgerbeschwerden der Stadt Schwerte am

Mittwoch, dem 20.06.2012, um 17:00 Uhr  
im großen Sitzungssaal, Rathausstr. 31, 58239 Schwerte.

Anwesend:

### Vorsitzender

1. Herr Dieter Böhmer

### CDU-Fraktion

2. Herr Johannes Dietmar Hellwig
3. Herr Thomas Keuthen
4. Herr Hans-Georg Rehage
5. Herr Ottmar Schumacher

### SPD-Fraktion

6. Herr Ulrich Bauer
7. Frau Natascha Baumeister
8. Frau Reinhild Hoffmann für Frau Anita Schweer-Schnitker
9. Herr Michael Schlabbach

### Bündnis 90/Die Grünen

10. Frau Monika Demant für Herrn Rupert Filthaus

### FDP-Fraktion

11. Herr Dieter Biermann

### WfS-Fraktion

12. Herr Andreas Czichowski für Herrn Eckehard Weist

### Fraktion DIE LINKE.

13. Herr Dieter Reichwald

## seitens der Verwaltung die Damen und Herren

- 14. Herr Siegfried Kuhn
- 15. Frau Jutta Pentling

## Schriftführerin

- 16. Frau Melanie Schmidt

## Entschuldigt

- 17. Herr Rupert Filthaus Bündnis 90/Die Grünen
- 18. Frau Anita Schweer-Schnitker SPD-Fraktion
- 19. Herr Eckehard Weist WfS-Fraktion

Die Sitzung wurde

- a) eröffnet um 17:00\_Uhr
- b) geschlossen um 18:15 Uhr

## Tagesordnung

### **I. Öffentliche Sitzung**

- 1. Feststellung der form- und fristgerechten Einladung sowie Beschlussfähigkeit des Ausschusses
- 2. Genehmigung der Tagesordnung
- 3. Feststellung von Befangenheit
- 4. Bürgerantrag nach § 24 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen vom 10.04.2012  
Verkehrssituation in der Kampstraße **VIII/0639**
- 5. Verkehrsführung in der Kampstraße **VIII/0639/1**
- 6. Bericht gemäß § 5 Zuständigkeitsordnung
- 7. Informationen und Anfragen

## **I. öffentliche Sitzung**

### **1. Feststellung der form- und fristgerechten Einladung sowie Beschlussfähigkeit des Ausschusses**

---

Herr Böhmer eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden sowie die zahlreichen Gäste auf der Empore.

Die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Bürgeranregungen und Bürgerbeschwerden werden durch den Ausschussvorsitzenden festgestellt.

### **2. Genehmigung der Tagesordnung**

---

Es besteht Einvernehmen darüber, dass die Tagesordnungspunkte 4 und 5, wie von dem Ausschussvorsitzenden vorgeschlagen, gemeinsam beraten werden.

### **3. Feststellung von Befangenheit**

---

Keines der anwesenden Ausschussmitglieder erklärt sich für befangen.

**4. Bürgerantrag nach § 24 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen vom 10.04.2012  
Verkehrssituation in der Kampstraße  
Vorlage: VIII/0639**

---

Die Drucks.-Nr.: VIII/0639 wird gemeinsam mit der Drucks.-Nr.: VIII/0639/1 unter TOP 5 beraten.

**5. Verkehrsführung in der Kampstraße  
Vorlage: VIII/0639/1**

---

Herr Böhmer gibt den Antragstellern, Herrn Christoph Olszak und Herrn Wilhelm Scheich die Möglichkeit, ihren Bürgerantrag vorzustellen und zu begründen.  
Daraufhin verliest Herr Olszak eine Stellungnahme zum Bürgerantrag, die dem Protokoll als Anlage beigelegt ist.

Herr Böhmer bedankt sich bei Herrn Olszak für die Ausführungen und betont, dass es wichtig sei, ausschließlich nach zielorientierten Lösungsansätzen zu suchen und keine Vergangenheitsbewältigung vorzunehmen.

Auf Bitten von Herrn Böhmer nimmt Herr Kuhn vom Bereich Ordnung nunmehr Stellung und führt aus, dass es, wie auch in der Sitzungsvorlage geschildert, im Jahr 2007 diverse Anwohnerbeschwerden zur Verkehrssituation in der Kampstraße gegeben habe, woraufhin eine Befragung von 188 Anwohner des gesamten Quartiers erfolgt sei. Auf Grund der schwachen Resonanz sowie der Uneinigkeit der eingegangenen Antworten sei jedoch keine Veränderung der Verkehrsführung vorgenommen worden.

Weiterhin führt er aus, dass sich in diesem Jahr nunmehr die Herren Olszak und Scheich mit einer gleichlautenden Beschwerde an die Straßenverkehrsbehörde gewandt hätten. Herr Kuhn als zuständiger Sachbearbeiter habe die Eingabeführer jedoch darauf hinweisen müssen, die Eingabe lediglich zur Kenntnis nehmen zu können und habe darum gebeten, sich mit dem Anliegen an den Bürgermeister zu wenden. Dieser verteile die Geschäfte der Verwaltung, zumal im vorliegenden Fall nicht eindeutig wäre, ob es sich hier um eine planungsrechtliche oder um eine straßenverkehrsbehördliche Maßnahme handeln würde. In diesem Zusammenhang entschuldigt sich Herr Kuhn im Rahmen der Sitzung dafür, dass 2007 keine abschließende Antwort auf das Anwohnerschreiben sowie nach erfolgter Befragung erfolgt sei. Es habe dazu zwar einen kleinen Presseartikel gegeben, der aber vermutlich nicht von jedem gelesen wurde.

Weiterhin gibt Herr Kuhn an, dass bei einer stichprobenartigen Kontrolle am Donnerstag, den 14.06.2012 (in der Zeit von 14.30 Uhr bis 17.30 Uhr) ein Gesamtverkehrsaufkommen von 267 Fahrzeugen ermittelt worden sei. 323 Fahrzeuge seien davon bis zum Nordwall heraufgefahren und 35 Fahrzeuge seien durch die Friedrichstraße auf die Brückstraße gefahren. Demnach wäre 70 % Durchgangsverkehr feststellbar und ein stündliches Verkehrsaufkommen von 89 Fahrzeugen ableitbar. Nach der RAST 06 – Richtlinien für Anlage für Stadtstraßen- könne die Kampstraße als reine Wohnstraße bezeichnet werden, da die charakteristischen Merkmale dafür vorlägen. Bei Planung einer solchen Straße würde zugrunde gelegt, dass 400 Kfz aufzunehmen seien, womit man mit den gezählten 89 Fahrzeugen in der Stunde nicht herankomme. Herr Kuhn räumt ein, dass das seinerzeit gewählte Mittel –Durchfahrt verboten / Anlieger frei- nicht den gewünschten Erfolg gezeigt habe, so dass man sich nunmehr über andere Lösungsansätze Gedanken machen müsse.

Nach diesen Ausführungen eröffnet Herr Böhmer die Diskussion.

Herr Czichowski von der WfS-Fraktion erklärt, dass es auf Grund des festgestellten Durchgangsverkehrs von 70 % wichtig sei, in dem Bereich verkehrsberuhigende Maßnahmen zu ergreifen. Er möchte

die Diskussion jedoch auch darauf lenken, die Verkehrssituation ganzheitlich zu betrachten und auch die beidseitige Öffnung der Hagener Straße im Auge zu behalten. Dies sei für eine leichtgängigere Ortsumfahrung unumgänglich. Aus solchen Maßnahmen könne dann auch eine Verkehrsberuhigung für die Kampstraße resultieren, in der Form, dass der Durchgangsverkehr ausbliebe. Hierzu seien Gespräche mit den verschiedensten Vertretern, wie auch dem Landesbetrieb Straßenbau NRW, zu führen. Herr Czichowski regt daher an, das gesamte Anliegen an den zuständigen Fachausschuss zu verweisen, da eine fachliche Prüfung erforderlich sei.

Herr Keuthen von der CDU-Fraktion zeigt durchaus Verständnis für das Anliegen der Anwohner. Er ist der Meinung, dass eine fehlende Südumgehung schuld an der Belastung durch den Durchgangsverkehr in der Schwerter Innenstadt sei und die Angelegenheit weiterhin beobachtet werden müsse. Herr Keuthen führt an, dass die von den Anwohnern vorgeschlagene Anregung durchaus weiter zu verfolgen sei, wozu jedoch aktuelle Werte einer Verkehrszählung zugrunde zu legen seien. Die Innenstadt in Schwerte sei eine klimatische Belastungszone. Es sei daher wichtig, dieses Thema unter dem Gesichtspunkt der wirklichen verkehrlichen Belastung und der Immissionsentlastung zu sehen, um den Wohn- und Aufenthaltswert in der Innenstadt in Schwerte zu steigern bzw. erhalten zu können.

Herr Schlabbach von der SPD-Fraktion schildert, dass sich die SPD-Fraktion die Situation vor Ort angesehen habe und dabei zu der Erkenntnis gelangt sei, dass in diesem Bereich ein hohes Verkehrsaufkommen herrsche und somit auch die Problematik nachvollzogen werden könne. Auch Herr Schlabbach spricht sich dazu aus, die Befragung erneut durchzuführen. Bei einer Lösung des Problems dürfe jedoch ein möglicher Verdrängungseffekt nicht außer Acht gelassen werden. Nach aussagekräftigen Ergebnissen einer weiteren Befragung, bei der die richtige Fragestellung bedacht werden sollte, sei die SPD-Fraktion nicht abgeneigt, der von den Anwohnern angeregten Abpollerung zu folgen. Den Anwohnern solle jedoch im Hinblick auf die Sommerferien eine größere Rückantwortzeit eingeräumt werden, so dass die Ergebnisse anschließend in der nächsten September-Sitzung vorgestellt werden könnten.

Frau Demant von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist ebenfalls der Meinung, dass über Gesamtverkehrskonzepte in Schwerte nachgedacht werden müsse. Ihr sei jedoch klar, dass damit im vorliegenden Fall keine kurzfristige Lösung erzielt werden könne. Frau Demant spricht sich ebenfalls für eine erneute Befragung und damit für eine aktuelle Zahlengrundlage aus. Sie richtet an Herrn Olszak die Frage, ob er auch Kenntnis von gegenteiligen Anwohnermeinungen habe, die mit der Abpollerung nicht einverstanden wären. Als kurzfristige Lösungsmöglichkeit und zur Vermeidung von Geschwindigkeitsüberschreitungen könne vielleicht über eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 10 km/h in der Kampstraße nachgedacht werden.

Herr Biermann von der FDP-Fraktion ist ebenfalls der Ansicht, dass etwaige Maßnahmen nicht separat sondern als Gesamtverkehrskonzept betrachtet werden müssten, da ansonsten neue Probleme an anderer Stelle zu befürchten wären. Dies sei leider auch bei anderen Maßnahmen im Stadtgebiet aufgefallen. Er zeige durchaus Verständnis für die Anwohner, sprach sich jedoch dazu aus, dass der Kreis der involvierten Personen um Feuerwehr, Polizei und Verwaltung erweitert werden müsse, um eine vernünftige, ganzheitliche Lösung zu erzielen, die allen Betroffenen gerecht würde. Ein gemeinsamer Ortstermin mit allen Anwohnern und den genannten Institutionen wäre eine Möglichkeit, um sich einen Überblick über die Situation verschaffen zu können.

Herr Reichwald von der Fraktion DIE LINKE zeigt Verständnis für die Problemlage, gibt jedoch ebenfalls zu Bedenken, dass bei einer Abpollerung eine Problemverlagerung entstehen könne. Er sehe es als fraglich an, ob ein Gesamtverkehrskonzept kurzfristig vorliegen könne, um die Verkehrsprobleme in Schwerte zu lösen. Herr Reichwald bittet die Verwaltung um Auskunft darüber, ob die Verkehrsführung in dem Quartier verändert werden müsse, wenn es zu einer Abpollerung in der Kampstraße in Höhe der Friedrichstraße käme. Im Anschluss an die Diskussionsrunde erteilt Herr Böhmer nochmals Herrn Olszak das Wort.

Herr Olszak bittet bei einer zukünftigen Befragung darum, die Anwohner auch in einem weiteren Verfahren zu beteiligen. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass bei einer erneuten Befragung eine konkrete Fragestellung erforderlich sei, ggfs. auch verbunden mit weiteren Lösungsvorschlägen. Er wünsche sich, stellvertretend für die Anwohner, seine eigenen Ideen in die Überlegungen miteinfließen lassen zu können, um zu verhindern, dass der Vorteil der einen Anwohner zum Nachteil der Anderen würde. In Anlehnung an den Vorschlag des Herrn Biermann könne er mitteilen, selbst be-

reits Kontakt zur Polizei aufgenommen zu haben. Weiteren Gesprächsrunden mit den von Herrn Biermann genannten Institutionen sowie den Anwohnern stehe er positiv gegenüber. Abschließend äußert Herr Olszak seine Verwunderung darüber, dass laut gesetzlicher Regelung 89 Fahrzeuge stündlich in der Anliegerstraße fahren dürften, in der lediglich rund 10 Fahrzeughalter wohnen.

Herr Scheich, der von Herrn Böhmer ebenfalls die Gelegenheit bekommt, die Ausführungen zum Bürgerantrag zu ergänzen, spricht sich kritisch dazu aus, die Verkehrsführung, so, wie sie seinerzeit abgefragt wurde, zu ändern, macht jedoch deutlich, dass nach fünfjähriger Untätigkeit nunmehr dringender Handlungsbedarf bestünde.

Hieran schließt sich ein reger Austausch zur Thematik an.

Auf die Frage von Herrn Keuthen nach den möglichen Kosten für die Befragung sowie für die anschließenden Maßnahmen, führt Herr Kuhn aus, dass sich die Kosten für den Rückbau des Fahrbahnnteilers auf etwa 1.500 € belaufen würden zuzüglich der Beschilderungskosten in Höhe von ca. 500 €.

In diesem Zusammenhang erläuterte Herr Kuhn die Veränderungen der Verkehrsführung, die sich durch die Abpollerung ergeben würden.

Auch daran schließt sich eine erneute Diskussion an, nach der letztlich folgender Beschluss gefasst wird:

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Bürgeranregungen und Bürgerbeschwerden nimmt diesen Bürgerantrag zunächst zur Kenntnis und empfiehlt der Verwaltung kurzfristig eine Befragung der betroffenen Anwohner in den Bereichen Friedrichstraße, Nordwall, Jägerstraße, Kampstraße Wallstraße und Nordstraße durchzuführen. Die Fragestellung ist zwischen den Antragstellern und der Straßenverkehrsbehörde abzustimmen. Die Ergebnisse dieser Befragung sind dem Ausschuss in seiner nächsten Sitzung am 12.09.2012 mit einem Entscheidungsvorschlag und einer Kostenermittlung vorzulegen.

### **Einstimmig beschlossen**

**Ja-Stimme/n: 13 Nein-Stimme/n: 0 Enthaltung/en: 0**

## **6. Bericht gemäß § 5 Zuständigkeitsordnung**

---

Zum Bürgerantrag „Burka-Verbot“ führt Frau Pentling aus, dass das Urteil des Verwaltungsgerichts Trier nunmehr Rechtskraft erlangt habe und es inzwischen ein weiteres, gleichlautendes Urteil des Verwaltungsgerichts Minden gäbe. Da sich der Eingabeführer auch bislang nicht wieder gemeldet habe, könne die Angelegenheit damit als erledigt zu betrachten werden.

Der Bericht aus dem Zentralen Beschwerdemanagement ist als Anlage beigelegt.

Im Moment sei festzustellen, dass erhebliche Beschwerden zum Thema Grünflächenpflege vorlägen, was zum einen mit der Wetterlage und zum anderen mit dem derzeitigen Personalbestand am Baubetriebshof zu begründen wäre. Der Baubetriebshof sei jedoch bemüht, die Schwachstellen prioritätenweise abzarbeiten.

**7. Informationen und Anfragen**

---

Es liegen keine Informationen und Anfragen vor.

---

Böhmer  
Vorsitzender

---

Schmidt  
Schriftführerin